FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

In dem Schiedsgerichtsverfahren

I/1.77

des V aus D

vertreten durch: RA S[1] und S[2]

- Antragsteller -

g e g e n

den Kreisverband D der F.D.P.,

vertreten durch den Vorsitzenden U aus D

- Antragsgegner -

wegen Parteistreitigkeiten

hat die I. Kammer des Bundesschiedsgerichts unter Mitwirkung von

Dr. Hans Fuhrmann, Vorsitzender

Jörg Wenzel [Beisitzer]

Dr. Virgilio Rolleri [Beisitzer]

in der Sitzung vom 3. Juni 1977 in Bonn beschlossen:

Der Antrag des Antragstellers auf Entscheidung des Berufungsgerichts gegen den (als "Entscheidung" bezeichneten) Beschluß des Landesschiedsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 1977 wird zur zuständigen Entscheidung an das Landesschiedsgericht zurückgegeben.

Gründe

Das Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen hat durch Beschluß (ebenfalls als Entscheidung bezeichnet) ohne Datum im Oktober 1970 den Einspruch des Antragstellers gegen Beschlüsse des Parteitages des Kreisverbandes D vom 21. Februar 1976 zurückgewiesen. Gegen diese Entscheidung hat der Antragsteller mit einem am 3. November 1976 bei dem Landesschiedsgericht eingegangenen Schriftsatz das "zulässige Rechtsmittel" eingelegt. Dieses Rechtsmittel, nach § 18 der Schiedsordnung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (SO) eine Berufung, hat das Landesschiedsgericht mit dem angefochtenen Beschluß als unzulässig wegen Fristversäumnis verworfen. Die gegen diese Entscheidung gerichtete "Beschwerde" ist nach § 14 Bundesschiedsordnung in Verbindung mit § 319 Abs. 2 StPO als ein Antrag auf Entscheidung der Berufungsinstanz aufzufassen. Über diesen Rechtsbehelf hat im vorliegenden Fall nicht das Bundesschiedsgericht zu entscheiden.

Nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 BSO in Verbindung mit §§ 7 Abs. 1 und 25 Abs. 3 der Bundessatzung besteht eine Zuständigkeit des Bundesschiedsgerichts als Rechtsmittelinstanz nur in den Fällen, in denen die Landessatzungen ihm diese Aufgabe zuweisen. Die Satzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der F.D.P. enthält keine ausdrückliche Zuweisung dieser Aufgabe an das Bundesschiedsgericht. Sie bestimmt aber in § 25, daß die Zuständigkeit des Landesschiedsgerichts in der Landesschiedsordnung geregelt ist, die Bestandteil der Satzung ist. Nach § 18 SO ist das Bundesschiedsgericht "Berufungsinstanz in einem Ausschlußverfahren nach § 7 der Landessatzung". Eine weitere Zuständigkeit wird ihm nicht zugewiesen. Das ist keine Lücke in der schiedsgerichtlichen Regelung, die mit einer entsprechenden Anwendung des § 18 SO geschlossen werden müßte. Denn § 26 Nr. 2a der Landessatzung Nordrhein-Westfalen weist die Zuständigkeit zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Parteimitgliedern den Bezirksschiedsgerichten zu, gegen deren Entscheidungen die Berufung an das Landesschiedsgericht für zulässig erklärt wird (§ 26 Nr. 5 Landessatzung). Im vorliegenden Fall geht es zwar um Streitigkeiten zwischen einem Parteimitglied und einem Gebietsverband. Die Zuständigkeit hierfür ist in der Landessatzung nicht geregelt. Sie ist aber eher unter die Zuständigkeitsvorschrift des § 26 Nr. 2a einzuordnen, zumal § 7 Abs. 1 und § 25 Abs. 3 der Bundessatzung nur bei Ausschluß- und Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Parteimitglieder die Einrichtung einer Rechtsmittelinstanz zwingend vorschreibt. Ob überhaupt in Fällen der vorliegenden Art nach der Satzung und der Schiedsordnung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen eine Rechtsmittelinstanz eröffnet worden ist, hat jedenfalls das Bundesschiedsgericht nicht zu entscheiden.

Das Bundesschiedsgericht ist somit in Verfahren der vorliegenden Art keine Berufungsinstanz. Infolgedessen fehlt es auch an einer Zuständigkeit für eine Entscheidung nach §§ 14 BSO, 319 Abs. 2 StPO. Die Sache war demnach an das Landesschiedsgericht zurückzugeben. Dieses wird nunmehr in anderer Besetzung (§ 17 Nr. 2 SO) darüber zu befinden haben, ob in Sachen der vorliegenden Art das Rechtsmittel der Berufung zulässig ist und wer darüber im Bereich der Landesschiedsgerichtsbarkeit des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zu entscheiden hat.

Die Entscheidung ergeht kostenfrei.